

Eine neue Ostdenkschrift?*

Kurt Scharf zum 85. Geburtstag am 21. Oktober 1987

„Gott stehen die Russen so nah wie die Deutschen. Die unter kommunistischer Herrschaft lebenden Menschen so nah wie die in der freien Welt. Gott will, daß die Menschheit zusammenfindet zu einer Gemeinschaft in Gerechtigkeit und Freiheit“ (K. Scharf, Für ein politisches Gewissen der Kirche. Stuttgart 1972, S. 362).

Anfang der sechziger Jahre hatten politisch verantwortlich Denkende unterschiedlicher Lager erkannt, daß Aufnahme und Lage der Vertriebenen, die scheinbare Ungewißheit ihrer Zukunft und das immer noch unregelmäßige Verhältnis zu Polen zu einer innen- wie außenpolitisch schweren Belastung der Bundesrepublik geworden waren. Die Kirche wollte sich ihrer Verantwortung für den Dienst am Frieden einschließlich ihrer seelsorgerischen Aufgaben nicht entziehen. Die Kammer für öffentliche Verantwortung leistete mit ihrer Denkschrift vom 1. Oktober 1965 einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der anstehenden theologischen, ethischen und politischen Probleme. Im Vorwort verwies der damalige Ratsvorsitzende der EKD, Kurt Scharf, darauf, daß nach Klärung der deutsch-polnischen Fragen auch gegenüber anderen Völkern Aufgaben der Bewältigung der Hinterlassenschaft des Zweiten Weltkriegs bestünden. Daß aber – wie er meinte – in dieser Klärung die Schwierigkeiten am größten seien, hat sich als Irrtum erwiesen.

Die Aussöhnung der Heimatvertriebenen mit ihrem Schicksal und die Anbahnung einer Verständigung mit Polen waren vergleichsweise begrenzte Aufgaben verglichen mit dem Problem einer mehr als nur formalen Regelung des Verhältnisses zwischen BRD und UdSSR, zwischen Bundesbürgern und Bürgern der Sowjetunion, zwischen hiesigen Kirchen und der Russischen Orthodoxen Kirche. In der sonst durchaus positiven Würdigung der Ostdenkschrift mit ihrer Wirkung als „Anzeichen einer Umkehr“ durch Wolfgang Schweitzer (Brücken der Verständigung, S. 79-87) wird dieser Sachverhalt deutlich. Schweitzer zeigt die „Mängel“ (besser wäre wohl: die „Grenzen“) der Denkschrift: In der Konzentration auf die konkreten Probleme und bemüht um Konsensfähigkeit wurden etliche Fragen nicht thematisiert, so vor allem der national-konservative Irrweg der Kirche vor 1933 in ehemals deutschen Gebieten und die deutsche Schuld gegenüber der UdSSR.

Einzelne kirchliche Erklärungen seitens der EKD und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR haben je für sich, gelegentlich auch gemeinsam, seit vielen Jahren eine künftige Friedensordnung eindringlich angemahnt und zu ihrer Umsetzung auch praktische Vorschläge gemacht. Doch eine sorgsame historische Aufarbeitung und politische Analyse der Distanziertheit, um nicht zu sagen, gene-

* Aus Anlaß des Erscheinens von:

- *Brücken der Verständigung*: für ein neues Verhältnis zur Sowjetunion / im Auftrag der Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche Westfalen und Lippe, herausgegeben von Elisabeth Raiser. Verlagshaus Mohn, Gütersloh 1986. (GTB Siebenstern 579).
- *Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion*: Herausforderungen zur Umkehr; eine Thesenreihe, herausgegeben von den Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche Westfalen und Lippe in Verbindung mit dem Arbeitskreis Evangelische Erneuerung in Bayern u. a. (Red.: Hartmut Lenhard). Verlagshaus Mohn, Gütersloh 1987.

rellen Ablehnung eines unbefangenen, offenen Verhältnisses zur Sowjetunion und ihren Bürgern ist bis in die jüngste Zeit unterblieben. Die Integration der BRD in das westliche Bündnis, verbrämt mit antikommunistischem Mißtrauen, ließ ihr Fehlen im öffentlichen Bewußtsein kaum als Mangel empfinden. Erst mit dem Aufkommen der Friedensbewegung, mit dem Protest gegen immer stärkere atomare Rüstung wurden kritische Fragen nach dem gegenwärtigen Verhältnis zur Sowjetunion laut und wird auch hier Handlungsbedarf zunehmend deutlich.

Der Vortrag von Werner Krusche (Magdeburg) „Schuld und Vergebung – Der Grund christlicher Friedensarbeit“ auf dem Kieler Kongreß „Gottes Friede den Völkern“ (17. bis 19. Juni 1984) alarmierte kirchliche Kreise mit seiner Feststellung: „Die Ausblendung der besonderen Schuld gegenüber dem zur Vernichtung bestimmt gewesenen Sowjetvolk ist der verhängnisvollste und folgenschwerste Vorgang in der deutschen Nachkriegsgeschichte (S. 86 bzw. 15). Eine Kirche, die diese besondere Schuld nicht sehen konnte und nicht sehen wollte, hatte und hat einer antikommunistisch emotionalisierten und ideologisierten Politik mit ihren Folgerungen nichts entgegenzusetzen“ (auch zitiert in Wolfgang Hubers Einführung zu „Brücken der Verständigung“).

In seiner Rede vom 8. Mai 1985 gab Richard von Weizsäcker mit den Worten „Wir wollen Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion“ aller Welt ein unüberhörbares Signal. Seitdem wird der Ruf nach einer „zweiten Ostdenkschrift“ vielerorts laut in Gemeinden, auf Landessynoden, beim Kirchentag, aber auch in politischen Organisationen wie der Gustav-Heinemann-Initiative und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie.

Die beiden hier anzuzeigenden Veröffentlichungen entstammen derartigen protestantischen Initiativen. Sie bringen das Problem auf den Punkt: Um in ein nüchternes und so vielleicht engeres Verhältnis mit der Sowjetunion und ihren Bürgern einreten zu können, bedarf es zunächst der Aufarbeitung der Geschichte zweier Weltkriege, der Anerkennung des unermesslichen Leids – es ging schwerem deutschen Leid voraus –, des Abwehrwillens und der Friedenssehnsucht auf sowjetischer Seite. Nur die Einsicht in deutsches Verschulden kann den Weg zu einer Neugestaltung unserer Beziehungen öffnen und womöglich die andere Seite in ihren Versuchen eines freimütigeren Umgangs mit dunklen Perioden der eigenen Geschichte bestärken.

Unausweichlich stellen sich dann Fragen nach der Geschichte Rußlands als solcher, besonders auch nach der orthodoxen Kirche, nach der gegenwärtigen Situation der Sowjetunion und ihren politischen Zielen, doch auch der orthodoxen Kirche und anderer Kirchen und Religionsgemeinschaften. Es gilt, den Nebel des Antikommunismus zu durchstoßen und eine realistische Sicht der vor uns liegenden politischen und darüber hinaus der kulturellen, wirtschaftlichen und religiösen Aufgaben zu gewinnen. Ohne daß darum etwa die Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zum westlichen und der DDR zum östlichen Staatensystem grundsätzlich infrage zu stellen wäre, könnten wohl Beiträge zur Entschärfung der weltpolitischen Spannungen geleistet und „Brücken der Verständigung“ gebaut werden.

Wie die Denkschrift von 1965 richten sich Überlegungen dieser Art zuerst und vor allem an die Deutschen. Insofern sind besorgte Überlegungen, ob und welche

Wirkungen eine neue Denkschrift in der Sowjetunion, ja darüber hinaus im internationalen Kräftespiel der Mächte überhaupt haben könnten, gewiß wichtig, aber nicht vorrangig. Es würden allerdings so grundsätzliche Fragen der politischen Gesamtorientierung aufgeworfen, daß – wie schon betont – eine neue Ostdenkschrift eine prinzipielle Infragestellung des gegenwärtigen Verhältnisses der politischen Position der Bundesrepublik bringen würde. Sie müßte gewichtigere Tabus als die 1965 angegangenen entschleiern. Nicht von ungefähr sind daher bereits im Vorfeld die Widerstände gegen eine solche Denkschrift groß.

Anläßlich der Veröffentlichung der 8 Thesen „Versöhnung und Frieden mit der Sowjetunion“ haben Vizepräsident i. R. Erwin Wilkens („idea“ 42/87, 21. Mai 1987) und Prof. Trutz Rendtorff („evangelische information“ 22, 28. Mai 1987) ihre grundsätzlichen Einwände vorgetragen, ohne auf die Thesen im einzelnen einzugehen. Unbeschadet der Richtigkeit des Zusammenhangs von Schuldbekennnis, Versöhnung, Neuanfang scheint ihnen derzeit kein Handlungszwang in diesem Sinne vorzuliegen. Politisch-pragmatische Opportunitätsargumente laufen auf politische Ablehnung des Plans einer neuen Denkschrift hinaus.

Erwin Wilkens, seinerzeit Schriftführer der Kammer für öffentliche Verantwortung bei der Arbeit an der Denkschrift von 1965, räumt ein, es herrsche zwar tiefes Mißtrauen auf staatlich-politischer Ebene zwischen Ost und West, von dem auch die deutsch-sowjetischen Beziehungen betroffen seien. Doch ließe sich dies schwerlich für den menschlichen und gesellschaftlichen Bereich und sicherlich nicht für die evangelische Kirche sagen. Er verweist dazu auf die bereits erwähnten kirchlichen Verlautbarungen und die Unterstützung der KSZE-Erklärungen insbesondere in ihrer Betonung der Menschenrechte. Drei Überlegungen lassen ihn das gegenwärtige Bemühen um eine neue Ostdenkschrift besonders deplaziert erscheinen:

1. „Man sollte einen undifferenzierten Antikommunismus nicht geradezu herbeireden.“ Ironisch fährt er fort: „Wieviel Kritik am sowjetischen Verständnis von menschlicher Freiheit und demokratischer Staatsordnung sowie an der Handhabung der Menschenrechte darf eigentlich im Westen geübt werden?“

2. Unbeschadet der deutschen Verantwortung hätte die sowjetische Regierung unter Stalin eine erhebliche Mitverantwortung getragen. „Um so notwendiger wäre es, das Vorhaben einer neuen Phase der Aussöhnung auf den Boden geschichtlicher Wahrheit zu stellen. Dazu wäre es erforderlich, daß die sowjetische Seite endlich ihre Archive öffnet.“

3. Angesichts der Kontroverse über die Opportunität einer neuen Denkschrift meint Wilkens: „Es widerspricht dem kirchlichen Auftrag, daß sie eine politische Aufgabe unter dem Vorzeichen eines innerkirchlichen Parteienstreits wahrnimmt“ – als wenn es einen solchen Streit 1965 gegeben hätte!

Der derzeitige Vorsitzende der Kammer für öffentliche Verantwortung, Prof. Trutz Rendtorff, lehnt eine neue Denkschrift wegen ihrer politischen Implikationen rundheraus ab:

„Jetzt Kriegsschuldfragen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion in den Mittelpunkt zu stellen, um von da aus auf den politischen Prozeß im Sinne einer ‚Umkehr‘ Einfluß zu nehmen, wäre nach aller Voraussicht kontraproduktiv. – Die in den vergangenen Jahrzehnten erreichte politische Stabilität in den Ost-West-Beziehungen bildet doch das Rückgrat und die in Zukunft wei-

sende Grundlage auch für die Abrüstungsverhandlungen trotz tiefgreifender, bleibender Gegensätze und Konflikte.“

Die Verfasser einer neuen Denkschrift wären schlecht beraten, wenn sie diesen zum Teil vordergründigen Argumenten nicht den Boden entziehen beziehungsweise ihnen entgegenzutreten würden. Die hier noch zu besprechenden Veröffentlichungen tun es erst zum Teil.

In einer Podiumsdiskussion am 19. Juni 1987 auf dem Frankfurter Kirchentag „Ist nach 42 Jahren alles vorbei?“ wurde der Ratsvorsitzende Bischof Kruse nach einer neuen Ostdenkschrift gefragt. Seine Antwort war zurückhaltend:

„Der Prozeß dieser Versöhnung hat längst begonnen, Gott sei Dank. . . . Ich bin der Meinung, daß man sich mit der Forderung nach Fortschreibung der Ostdenkschrift auch unter einen gewissen Erfolgszwang setzt. Ich glaube, daß die Aufgabe vielfältiger angefaßt werden muß und daß in der Tat Elemente einer Denkschrift – also des Nachdenkens, wo die Dinge auf den Punkt gebracht werden – eine wichtige Rolle spielen. Aber nach meiner Vorstellung ist das ein sehr viel breiterer Prozeß.“

Nun, das große Verdienst der „Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche Westfalen und Lippe“ und der mit diesen kooperierenden kirchlichen Gruppen ist, daß sie den Mut haben, in ihren beiden Veröffentlichungen die anstehenden Probleme mit der zu fordernden Entschiedenheit, aber auch Sensibilität für das Leid auf beiden Seiten annähernd vollständig zu erörtern. „Brücken der Verständigung“ vermittelt einen vorzüglichen Einstieg, indem die wesentlichsten Probleme nüchtern dargestellt und – wo angebracht – durch ergänzende Erlebnisberichte auch in ihrer emotionalen und religiösen Bedeutung offengelegt werden. Der Historiker Christian Streit (1942) schildert den „Krieg gegen die Sowjetunion 1941 bis 1945“ in einer aktualisierten Zusammenfassung seines Buches „Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941 bis 1945“. Heinz Eduard Tödt (1918, seinerzeit Offizier an der Ostfront) stellt diesem Beitrag aufgrund eigener Erfahrungen in Krieg und sowjetischer Gefangenschaft „begleitende Überlegungen . . . über die deutsche Schuld“ an die Seite. Volkmar Deile (1943) geht auf die allgemein-politische Schuld wie auch speziell auf das Sich-schuldig-Machen der Kirche ein. Kurt Scharf (1902) schreibt aus persönlicher Erinnerung an die Zeit vor 1933 über den Antikommunismus als Schuld der Kirche. Ulrich Sahn (1917, 1972 bis 1977 Botschafter in Moskau) fragt „Welchen Frieden wollen die Russen?“ und schließt seine leider nur knappe historische und politische Skizze mit der Feststellung, „daß die Sowjetunion ein berechenbarer und vertragstreuer Partner ist; daß sie zu Verhandlungen und Vereinbarungen bereit ist, wenn diese in ihrem Interesse liegen und sie ihr stets waches und tiefsitzendes Mißtrauen überwinden kann“ (S. 108).

Konrad Raiser (1938) sieht die „Versöhnung mit der Sowjetunion als Aufgabe für die Kirchen“ – im Gegensatz zu Wilkens – noch keineswegs durch bisherige Besuche und Erklärungen hinreichend bewirkt. Das tausendjährige Jubiläum der orthodoxen Kirche 1988 sollte seines Erachtens Gelegenheit zu einem entsprechenden Votum geben. Realistisch gesehen wird man sich jedoch im Rahmen einer Grußbotschaft, wie sie der Rat der EKD plant, mit einigen Sätzen der Buße und des Neubeginns von Kirche zu Kirche begnügen müssen. So bleibt die ohnehin dauernde Aufgabe bestehende, zumal Raiser zu Recht ausführt: „Die EKD hat . . .

immer wieder schmerzlich erfahren, daß die belastete Haltung gegenüber der Sowjetunion das glaubwürdige und vollmächtige Zeugnis der Kirche zum Frieden lähmt. Sie erschwert die Verständigung zwischen den evangelischen Kirchen in beiden deutschen Staaten und liegt wie ein Schatten über den Auseinandersetzungen zwischen den Kirchen und der christlichen Friedensbewegung in der Bundesrepublik“ (S. 121).

Die allgemein- und sicherheitspolitischen Aspekte eines neuen Verhältnisses zur Sowjetunion erörtern in ihren Beiträgen Antje Vollmer (1943), Anton-Andreas Guha (1937) und Andreas Zumach (1954):

„Das Kernübel unserer nicht vollzogenen Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarn liegt in der mangelnden demokratischen Reife unseres Umgangs mit Andersdenkenden, Minderheiten, anderen Kulturen und Rassen“ (Vollmer, S. 92).

„Eine Korrektur der Bedrohungsanalysen ist . . . eine Voraussetzung dafür, daß die etwa unter dem Begriff ‚Sicherheitspartnerschaft‘ diskutierten Alternativen und veränderten Verhaltensweisen gegenüber der Sowjetunion eines Tages politische Realität werden können“ (Zumach, S. 126).

Könnte „undifferenzierter Antikommunismus“ wirklich erst, wie Wilkens meint, herbeigeredet werden? Margarete Mitscherlich-Nielsen (1917) macht sich und uns in ihren Ausführungen „Die Fähigkeit zu trauern – Utopie?“ nichts vor:

„Die starre Abwehr einer Erinnerungsarbeit, was Schuld und Scham betrifft, haben . . . in der Nachkriegsgeneration beide (i.e. Männer und Frauen) von ihren Eltern und Großeltern übernommen. Das trägt dazu bei, daß die Vergangenheit die Gegenwart in größerem und gefährlicherem Ausmaß prägt, als es der Allgemeinheit in Deutschland bewußt ist – mit allen . . . Folgen eines Wiederholungszwanges“ (S. 117).

Sie geht speziell mit dem „emotionellen Antikommunismus“ ins Gericht. Er wurde nach dem Kriege „bald wieder gesellschaftsfähig“, durch ihn „wird jede differenzierte Wahrnehmung des Ostens blockiert und damit jede Ostpolitik, die ihren Namen zu Recht trägt“ (S. 114).

In Erfahrungsberichten und -meditationen werden die Sachbeiträge konkretisiert:

- in einer Betrachtung „Rückreise nach Leningrad“ anlässlich eines Besuchs der Gedenkstätte und des Massenfriedhofs von Piskarjowo (Wolfgang Belitz, 1940, dessen Vater in sowjetischer Gefangenschaft starb);
- in „Impressionen und Reflexionen auf einer Reise nach Stalingrad“ (Hermann Roth, 1940, dessen Vater 1946 als Gefangener in Stalingrad starb);
- im Bericht von einer „Pax-Christi-Sühnewallfahrt in die Sowjetunion“ (Heinrich Becker, 1919, seinerzeit Kriegsgefangener in der UdSSR);
- in Zeugeninterviews aus einer evangelischen Kirchengemeinde im Ruhrgebiet, in denen zwei Frauen in den Siebzigern von unterschiedlichen Erlebnissen bei Kriegsende mit „den Russen“ berichten und wie sie sie verarbeitet haben. Eine weitere Frau berichtet von den Mißhandlungen, die eine russische „Fremdarbeiterin“ im Hüttenwerk 1944 vom Betriebsleiter erleiden mußte, weil die Berichtende mit ihr seinerzeit Kontakt aufgenommen und Brot zugeschoben hatte;
- im Bericht „Versöhnung mit dem Osten – aus der Praxis einer Gemeinde“: auf Einladung der Gemeinde sind die Russen nach Haltern gekommen; „aber Hal-

tern ist freier als vorher ... von einer unheilvollen Vergangenheit“ (S. 170. Heinrich Vokkert, 1933).

- in „Begegnungsfahrten in die Sowjetunion“ zu denen praktische Hinweise für sorgfältige Vorbereitung und Durchführung gegeben werden (Klaus Vollgold, 1938, Karl Kruschel, 1945).

Zwei knappe Erklärungen zeigen die Aufgaben, die aus allem Gesagten folgen:

1. Die Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen beschloß 1985 ein „Wort zur Aufgabe einer Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion“, das ein Zeichen für das Ausbreiten der Einsicht in diese ebenso notwendige wie schwierige Aufgabe ist. Es gipfelt in der Feststellung:

„Das klare Ja zu unserer freiheitlichen Demokratie als Angebot und Aufgabe und das Nein zum kommunistischen System schließen Frieden und Partnerschaft nicht aus, sondern machen sie um so dringlicher. Unverantwortlich allein ist ein emotioneller Antikommunismus, der sich auf ein einfaches Freund-Feind-Denken beschränkt ...“ und in dem Schluß:

„Die Landessynode beauftragt den Präses und die Kirchenleitung, dafür zu sorgen, daß in den Gremien der EKD die Aufgabe und Problematik der Aussöhnung mit den Völkern der UdSSR vorrangig bearbeitet und daß in den Gemeinden der EKvW Gespräche mit Menschen und Gemeinden aus der UdSSR und gegenseitige Besuche gefördert werden“ (S. 134).

In einem kurzen „aufgabenorientierten Begleittext“ hierzu bekennt Günter Brakelmann (1931):

„Wenn es für mich auf das Jahr 2000 hin eine politisch-geschichtliche und politisch-moralische Aufgabe gibt, dann nicht zuletzt die prozeßhaft zu leistende Aufgabe eines im Bewußtsein der Menschen verankerten Friedens mit der Sowjetunion“ (S. 137).

2. Für die Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche Westfalen und Lippe hat Christof Hartmeier (1942) Thesen zu „unserem Umgang mit der Schuld Deutschlands gegenüber der Sowjetunion“ aufgestellt. Sie nennen in Kürze all jene historischen, theologischen und politischen Überlegungen und die Aufforderungen zu Umdenken und Handeln, die in den Einzelbeiträgen ausgeführt sind. Auf sie hier einzugehen erübrigt sich nicht zuletzt auch, weil sie als Vorstufe zu den später erschienenen ausführlicheren Thesen „Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion“ bis in Formulierungen hinein erkennbar sind.

Die letztgenannten Thesen bestimmen derzeit die öffentliche Diskussion. Die Autoren knüpfen an das von vielen gern verdrängte Darmstädter „Wort zum politischen Weg unseres Volkes“ vom August 1947 an und geben im Titel zu erkennen, daß es ihnen zugleich um die theologische Aufgabe und das politische Ziel geht. Martin Buber würde von Theopolitik gesprochen haben. Gerade hierin dürfte auch ein Anstoß liegen, den manche an ihnen nehmen. In den acht Thesen wird ein großer Bogen unter den Stichworten geschlagen:

- Aufarbeitung deutscher Schuld,
- Suche nach Wegen für einen Neuanfang mit der UdSSR,
- Sichtbare Schritte der Umkehr, damit „Schuld nicht fortwährend neue Schuld erzeugt“,
- Wahrnehmung der russischen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg und des dar-

- aus resultierenden Sicherheitsbedürfnisses der Sowjetunion,
- Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus und seiner Geschichte in Kirche und Gesellschaft und Frage nach den möglichen gemeinsamen Beiträgen von Sozialismus und Kirche für das Leben und Zusammenleben der Völker,
 - Menschenrechte nicht als Waffe im kalten Krieg, sondern Anerkennung unterschiedlicher Traditionen und in einem neuen Verhältnis zur Sowjetunion Freisetzung von Kräften für die „Bewahrung der heiligen Gabe des Lebens“,
 - Brückendienst der Versöhnung auf allen kirchlichen und gesellschaftlichen Ebenen mit entsprechenden Konsequenzen politischen Handelns. Wiederaufnahme des christlich-marxistischen Dialogs seitens der Kirche,
 - Europäische Friedensordnung: Überwindung der Abschreckung durch eine Politik der bündnisübergreifenden Sicherheitspartnerschaft, Vertiefung des KSZE-Prozesses, Anerkennung des territorialen Status quo als entscheidende Voraussetzung des Friedens in Europa, also für die Deutschen wechselseitige volle Anerkennung der beiden Staaten in ihren jeweiligen Bündnissystemen.

Die acht Thesen sind in sich konsequent. Gemessen an der gegenwärtigen politischen Situation und der ihr entsprechenden allgemeinen Bewußtseinslage mögen die einen sie in vielen Punkten als einen „linken“ Aufruf zum Ausverkauf bundesdeutscher und westlicher Interessen lesen, die anderen als eine Vision, wie man Shalom, vollem Frieden, näher kommen könnte.

Ich sehe die Thesen als einen Entwurf, in dem gelegentliche Mängel aus verkürzten Darstellungen, einigen Unausgewogenheiten u.ä. nicht ins Gewicht fallen. In ihrer Gesamtheit stellen die Thesen ein klares Programm dar, anhand dessen sich der Inhalt einer neuen „Denk“-schrift gut entwickeln ließe. Bei aller grundsätzlichen Zustimmung zu den Thesen müßte allerdings eine solche Schrift sehr sorgsam und dadurch geradezu seelsorgerlich vorgehen, um möglichst viele Leser, wenn nicht zu überzeugen, so doch mindestens zum Nachdenken anzuregen. Es sei daran erinnert, daß an der Denkschrift von 1965 lange gearbeitet und daß sie sehr sorgfältig formuliert wurde! Es könnte wohl sein, daß sich angesichts der Fülle zu klärender Einzelprobleme für die neue Arbeit eine ähnliche Zweiteilung empfehlen würde wie bei der Erarbeitung der vorliegenden beiden Veröffentlichungen: 1. Aufsätze, die die einzelnen Sachprobleme sorgfältig (mit Zitat wichtiger Quellen) klären. Die Artikel in „Brücken der Verständigung“ geben dazu vorzügliche Anregungen, erfüllen aber den hier anzustrebenden Zweck noch nicht. 2. Ein Memorandum, das unter Nutzung der Aufsätze und in Würdigung vorgebrachter Einwände zur eigentlichen Denkschrift würde.

Es ist hohe Zeit, sie in Angriff zu nehmen. So hat auch die Synode der EKD auf ihrer Tagung am 6. November 1986 den Rat gegeben, „zu prüfen, welche Schritte und welche Hilfen etwa auf dem Felde der Begegnungen – insbesondere von Jugendlichen –, der Information oder von kirchlichen Äußerungen geeignet sind, Brücken der Verständigung zu den Völkern der Sowjetunion zu schlagen, und der Synode im Jahr 1987 zu berichten.“

Sollten sich die Organe der EKD dieser Aufgabe versagen, so müßte die Initiative „von unten“ kommen. Sie könnte zu einem wesentlichen Beitrag aus der Bundesrepublik zum konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung werden.

Dietrich Goldschmidt